

Handbuch des Fachplanungsrechts

Ziekow

3. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-78540-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Ziekow
Handbuch des Fachplanungsrechts


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch des Fachplanungsrechts

Grundlagen · Praxis
Rechtsschutz

Herausgegeben von

Dr. Jan Ziekow

Universitätsprofessor an der Deutschen Universität
für Verwaltungswissenschaft Speyer

3. Auflage 2024
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag:

Bearbeiter in Ziekow Fachplanungsrecht § X Rn. Y

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG
beck.de

ISBN 978 3 406 78540 5

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Westermann Druck Zwickau GmbH
Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau

Satz: 3w+p GmbH, Rimpar
Umschlag: Ralph Zimmermann – Bureau Parapluie



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Bearbeiterverzeichnis

Henning Arps

Sachverständiger, Hildesheim

Prof. Dr.-Ing. Hartmut Beckedahl

Universitätsprofessor, Bergische Universität Wuppertal

Heiko Böschen

Regierungsdirektor, Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Kiel

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Durner LL.M.

Universitätsprofessor, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Dr. Christoph Ewen

Moderator und Mediator, Darmstadt

Dr. Hartmut Fischer

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Mannheim

Prof. Dr. Walter Frenz

Universitätsprofessor, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen

Dr. Andreas Geiger

Rechtsanwalt, München

Prof. Dr. Annette Guckelberger

Universitätsprofessorin, Universität des Saarlands, Saarbrücken

Ulrich Günther

Dipl.-Ing., Fachbereichsleiter, Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Weser-Jade-Nordsee

Jennifer Hippler

Rechtsanwältin, Peine

Dr. Ullrich Isermann

Dipl.-Physiker, Göttingen

Dr. Thomas Krappel

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht
Honorarprofessor an der Universität Stuttgart

Prof. i. R. Dr.-Ing. habil. Eberhard Lattermann

Dipl.-Ingenieur, Dresden

Emil Hermann Linke

Leitender Regierungsdirektor, Euerbach

Prof. Dr. Hans-Peter Michler

Hochschullehrer, Hochschule Trier – Umweltcampus Birkenfeld

Prof. Dr. Michael Sauthoff

Präsident des OVG und des FG a.D., Greifswald

Dr. Peter Schütz

Rechtsanwalt, Stuttgart

Dr.-Ing. Christoph Schütze

Technische Universität Braunschweig

Thomas Seegmüller

Regierungsdirektor, Frankfurt/Main

Prof. Dr.-Ing. Thomas Siefer

Technische Universität Braunschweig

Prof. Dr. Thorsten Siegel

Universitätsprofessor, Freie Universität Berlin

Dr. Peter Wysk

Richter am BVerwG, Leipzig

Prof. Dr. Dr. h.c. (NUM) Jan Ziekow

Universitätsprofessor, Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für
öffentliche Verwaltung, Speyer

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Seit der letzten Auflage dieses Handbuchs ist überdeutlich geworden, dass die Entwicklung vieler Infrastrukturen in Deutschland auch deshalb nicht mit den Anforderungen Schritt hält, weil die Zulassungsverfahren nach wie vor eine beträchtliche Zeit in Anspruch nehmen. Die Gründe hierfür sind vielfältig und liegen auf rechtlicher Seite mehr im materiellen als im Fachplanungsrecht. Wenngleich diese Probleme seit langem bekannt sind, ist der „große Wurf“ einer umfassenden Reform noch nicht gelungen.

Allerdings hat sich der Handlungsdruck in der jüngsten Zeit dramatisch zugespitzt. Das weitgehende Stagnieren der sog. Energiewende bei gleichzeitiger Verfehlung der Klimaschutzziele, die Erweiterung der Perspektiven auf eine Digitalisierung des Verfahrens unter der Covid19-Pandemie und insbesondere die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine habe zu einer Intensivierung der Reformüberlegungen geführt. Die ersten Ergebnisse dieser Überlegungen sind in dieser Auflage, die sich auf dem Stand Frühjahr 2022 befindet, bereits verarbeitet.

Darüber hinaus setzt sich die Neuauflage intensiv mit der seit der Voraufgabe ergangenen Rechtsprechung und erschienenen Literatur auseinander.

Das Grundkonzept des Werkes ist auch in der 3. Auflage erhalten geblieben: Es enthält eine Gesamtdarstellung der in Form eines Planfeststellungsverfahrens abzuarbeitenden Fachplanung. Sein erster Teil strukturiert die übergreifenden allgemeinen Grundlagen des Fachplanungsrechts, bevor im zweiten Teil auf die Besonderheiten der einzelnen Fachplanungsbereiche eingegangen wird. Beide Teile sind durch inhaltliche Abstimmung und eine Verweisungssystematik eng miteinander verzahnt.

Inhaltlich entsprechen die Darstellungen den Maßstäben wissenschaftlicher Gründlichkeit, sind aber in erster Linie an ihrer Nutzbarkeit für die Planungspraxis orientiert. Daher enthält der Band nicht allein Aufarbeitungen der rechtlichen Grundlagen von Planfeststellungsverfahren, sondern auch Abschnitte zu den jeweils relevanten technischen Gegebenheiten. In diesem Sinne ist ein übergreifender interdisziplinärer Ansatz versucht worden. Ob er geglückt ist, sei dem Urteil der Benutzer überlassen. Anregungen und Kritik sind jederzeit willkommen und werden an den Herausgeber (Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67346 Speyer, Tel.: 06232/654-360, Fax.: -421, eMail: ziekow@uni-speyer.de) erbeten.

Mein Dank gilt zunächst dem Verlag C. H. Beck und dort Frau *Elisabeth Becker*, die als zuständige Lektorin den Entstehungsprozess engagiert und umsichtig betreut. Die Betreuung der Manuskripte und Druckfahnen erfolgte äußerst kompetent durch meine Sekretärin, Frau *Martina Diaz-Carreño*. Wesentliche Unterstützung hat meine Assistentin, Frau Ass. iur. *Clara Bülow*, geleistet. Ihnen allen sei herzlich gedankt.

Speyer, im November 2022

Jan Ziekow

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXV

Teil I: Allgemeine Grundlagen

1. Kapitel: Planfeststellungsverfahren und Planfeststellungsbeschluss

§ 1 Überblick	1
§ 2 Ablauf und rechtliche Steuerung des Verfahrens	15
§ 3 Der Planfeststellungsbeschluss	96

2. Kapitel: Materielle Anforderungen an die Planung

§ 4 Bindungen der planerischen Gestaltungsfreiheit und Verhältnis zu Raumordnung und Bauleitplanung	174
§ 5 Planrechtfertigung	190
§ 6 Abwägung	195
§ 7 Naturschutzrechtliche Anforderungen	220

3. Kapitel: Rechtsschutz

§ 8 Rechtsschutz im Fachplanungsrecht	252
---	-----

Teil II: Einzelne Bereiche der Fachplanung

4. Kapitel: Straßen- und Schienenwege

§ 9 Planung der Verkehrswege und Anlagen für Straßen- und Schienenfahrzeuge ...	313
§ 10 Verkehrslärmschutz	350
§ 11 Straßenplanung	411
§ 12 Eisenbahnen	458
§ 13 Straßenbahnen (und Obusse)	488
§ 14 Magnetschwebebahnen	516

5. Kapitel: Luftverkehr

§ 15 Luftverkehr	523
------------------------	-----

6. Kapitel: Wasser

§ 16 Wasserstraßen	590
§ 17 Wasserwirtschaft	624

7. Kapitel: Weitere Planfeststellungen

§ 18 Abfalldeponien	679
§ 19 Anlagen zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle	691
§ 20 Der Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen nach § 41 FlurbG	715
§ 21 Bergrecht	742
§ 22 Hochspannungsleitungen und sonstige Leitungsanlagen	756
Sachregister	771

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXV

Teil I: Allgemeine Grundlagen

1. Kapitel: Planfeststellungsverfahren und Planfeststellungsbeschluss

§ 1 Überblick	1
I. Planfeststellung	1
II. Rechtsnormativität der Planfeststellung	1
1. Planfeststellungsvorbehalt	2
2. Rechtliche Ausgestaltung der Planfeststellung	3
3. Abwägung	4
III. Entwicklung der Planfeststellung	7
1. Anfänge im Eisenbahnrecht und Ausdehnung auf weitere Fachbereiche	7
2. Rechtliche Strukturierung der Planfeststellung	8
3. Verfahrens- und materiell-rechtliche Aufladung der Planfeststellung	9
4. Spannungsfeld zur Beschleunigungsgesetzgebung	11
§ 2 Ablauf und rechtliche Steuerung des Verfahrens	15
I. Anwendbares Verfahrensrecht	16
1. Verhältnis von Bundes- und Landesrecht; Verhältnis der allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetze zu den besonderen Fachplanungsgesetzen	16
2. Anwendung des allgemeinen Verwaltungsrechts im Übrigen auf das Planfeststellungsverfahren (§ 72 I VwVfG)	17
II. Erarbeitung und Einreichung des Plans; Vorarbeiten	22
1. Erarbeitung des Plans (Planaufstellungsverfahren)	22
2. Frühe und informelle Öffentlichkeitsbeteiligung	24
3. Einreichung des Plans	36
4. Vorarbeiten	40
III. Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)	47
1. Einordnung	47
2. Grundsätze	48
3. Ablauf	49
4. Entscheidung	61
5. Überwachung	63
IV. Zuständigkeit	64
1. Behördliche Zuständigkeiten	64
2. Zusammentreffen mehrerer selbständiger Vorhaben	66
V. Einholung behördlicher Stellungnahmen und Beteiligung von Naturschutzverbänden	68
1. Einholung der Stellungnahmen der Behörden	68
2. Die Beteiligung der Umweltvereinigungen	70
VI. Auslegung und Änderung des Plans	72
1. Auslegung des Plans	72
2. Änderung des Plans	75

VII. Einsichts- und Informationszugangsrechte	76
1. Planeinsicht nach § 73 III VwVfG	76
2. Akteneinsicht nach § 29 VwVfG	77
3. Zugang zu Umweltinformationen	78
4. Zugang zu amtlichen Informationen	79
5. Geheimnisschutz	80
VIII. Erhebung von Einwendungen	80
1. Einwender	80
2. Bedeutung der Einwendungen im Planfeststellungsverfahren	81
3. Einwendungsfrist	81
4. Präklusion	82
IX. Erörterung des Planes	83
1. Die Bekanntmachung des Erörterungstermins	84
2. Der Erörterungstermin	85
3. Niederschrift zum Erörterungstermin	86
4. Befangenheitsanträge	87
5. Verzicht auf den Erörterungstermin	87
X. Stellungnahme der Anhörungsbehörde	88
1. Inhalt der abschließenden Stellungnahme	89
2. Frist für die abschließende Stellungnahme	89
XI. Das Entscheidungsverfahren	89
XII. Sonderregelungen des Planungssicherstellungsgesetzes	90
XIII. Planfeststellung durch Gesetz	92
1. Verfahren bis zur parlamentarischen Befassung	92
2. Anschließende Vorhabenzulassung durch Maßnahmengesetz	93
3. Rechtsschutz	94
§ 3 Der Planfeststellungsbeschluss	96
I. Entscheidungsgrundlagen	96
1. Rechtsnatur des Planfeststellungsbeschlusses	96
2. Gegenstand und Prüfungsumfang des Planfeststellungsbeschlusses	97
II. Entscheidung über Einwendungen	106
1. Zulässige Einwendungen	106
2. Entscheidung über Einwendungen	112
III. Schutzvorkehrungen; Geldausgleich	113
1. Schutzvorkehrungen	113
2. Geldausgleich	119
IV. Vorbehaltene Entscheidung (§ 74 III VwVfG)	120
1. Verhältnis zur Abschnittsbildung	120
2. Fallgruppen	120
3. Voraussetzungen	120
4. Folgen	121
V. Form und Begründung des Beschlusses; Bekanntmachung; Ablehnung des Antrags	122
1. Form und Begründung des Beschlusses	122
2. Bekanntmachung	123
3. Beendigung des Verfahrens ohne Planfeststellung	126
VI. Plangenehmigung	127
1. Voraussetzungen	127
2. Maßgebliches materielles und Verfahrensrecht	129
3. Rechtsnatur und Wirkungen	129
VII. Entfallen von Planfeststellung und Plangenehmigung	129
1. Allgemeines	129
2. Voraussetzungen	130

3. Rechtsnatur und Wirkungen	131
VIII. Rechtswirkungen und Folgen von Fehlern des Planfeststellungsbeschlusses	134
1. Rechtswirkungen des Planfeststellungsbeschlusses	134
2. Folgen von Verfahrensfehlern	140
3. Abwägungsmängel und ihre Folgen	142
IX. Nachträgliche Schutzmaßnahmen	150
1. Stellung von § 75 II und III VwVfG im System des Fachplanungsrechts	150
2. Anspruch auf nachträgliche Schutzvorkehrungen gemäß § 75 II 2 VwVfG	151
3. Inhalt der nachträglichen Anordnung von Schutzmaßnahmen	154
4. Anspruch auf angemessene Entschädigung in Geld gemäß § 75 II 4 VwVfG	154
5. Anspruch auf Schutzvorkehrungen mit Kostenbeteiligung gemäß § 75 II 5 VwVfG	154
6. Verfahren bei nachträglicher Anordnung gemäß § 75 III VwVfG	155
7. Planergänzungsbeschluss und Rechtsschutz	156
X. Außerkrafttreten und Verlängerung des Plans	156
1. Allgemeines	156
2. Planverlängerung und Wiedereinsetzung	157
3. Beginn der Durchführung des Plans	157
XI. Planänderung und -aufhebung (§§ 76, 77 VwVfG)	158
1. Abgrenzung	158
2. Planänderung	159
3. Aufhebung des Planungsfeststellungsbeschlusses	164
4. Verfahren und Rechtsschutz	167
XII. Folgemaßnahmen	168
1. Allgemeines	168
2. Enteignungsgesetze	169
3. Enteignung	170
4. Vorzeitige Besitzweisung	171
5. Rechtsschutz	173
2. Kapitel: Materielle Anforderungen an die Planung	
§ 4 Bindungen der planerischen Gestaltungsfreiheit und Verhältnis zu Raumordnung und Bauleitplanung	174
I. Einführung	174
II. Bindung an Rechtsvorschriften	176
III. Die Bedeutung der Linienbestimmung für die Planfeststellung	176
IV. Verhältnis zur raumbezogenen Gesamtplanung	178
1. Raumordnung	178
2. Bauleitplanung	184
§ 5 Planrechtfertigung	190
I. Die Bedeutung der Planrechtfertigung	190
II. Planrechtfertigung bei gesetzlicher Bedarfsfestlegung	191
III. Planrechtfertigung bei fehlender gesetzlicher Ausformung	192
§ 6 Abwägung	195
I. Planerische Gestaltungsfreiheit	195
II. Gebot gerechter Abwägung	196
1. Ermittlung abwägungsrelevanter Belange	197
2. Gewichtung und Ausgleich der konfligierenden Belange	201
III. Recht auf gerechte Abwägung	204

IV. Abwägungsfehler	205
1. Abwägungsausfall	205
2. Abwägungsdefizit	205
3. Abwägungsfehleinschätzung/-disproportionalität	206
V. Gerichtliche Kontrolle	206
VI. Variantenprüfung	207
1. Anforderungen hinsichtlich der Zusammenstellung des Abwägungsmaterials	208
2. Bewertung und Ausgleich der Interessen	210
VII. Abschnittsbildung	212
VIII. Grundsatz der Problembewältigung	217
§ 7 Naturschutzrechtliche Anforderungen	220
I. Die Rechtsgrundlagen und ihre Geltung für die Fachplanung	220
1. Völkerrecht	220
2. Unionsrecht	221
3. Bundesrecht und Landesrecht	221
II. Spezielle naturschutzrechtliche Anforderungen im Fachplanungsrecht ..	222
III. Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung	224
1. Grundlagen	224
2. Zuständigkeiten und Verfahren	224
3. Der Eingriff	225
4. Die Vermeidungs- und Untersagungsgebote	226
5. Die Pflicht zur Kompensation des Eingriffs	227
IV. Gebiets- und Objektschutz	231
1. Formen und Rechtsgrundlagen der Unterschutzstellung von Gebieten und Objekten	231
2. Behandlung von Nutzungsregelungen im Rahmen der Fachplanung	231
3. Gesetzlicher Biotopschutz und weitere naturschutzrechtliche Ge- und Verbote	232
V. Vogelschutzgebiete	233
1. Die Vorgaben der Vogelschutzrichtlinie	233
2. Ausgewiesene und faktische Vogelschutzgebiete	234
3. Das derzeit geltende Schutzregime für Vogelschutzgebiete	235
VI. Flora-Fauna-Habitat-Gebiete	235
1. Die Vorgaben der FFH-Richtlinie	235
2. Umsetzungs- und Vollzugsprobleme in Deutschland	236
3. FFH-Gebiete und ihr Schutzregime	237
4. Potenzielle FFH-Gebiete	237
5. Die Vogelschutz-FFH-Verträglichkeitsuntersuchung	239
6. Zulassung trotz erheblicher Beeinträchtigung	242
VII. Artenschutz	246
1. Die Bedeutung des Artenschutzes für die Fachplanung	246
2. Die Zugriffsverbote des Besonderen Artenschutzes	247
3. Lockerung der Verbote für Fachplanungsvorhaben	248
4. Ausnahmen aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses	250
5. Verfahrensrechtliche Anforderungen	250
3. Kapitel: Rechtsschutz	
§ 8 Rechtsschutz im Fachplanungsrecht	252
I. Vorbemerkungen	254

II. Klagen im/Klagen auf Planfeststellungsverfahren	256
1. Rechtsschutz im Planfeststellungsverfahren und gegen Vorstufen der Planung	256
2. Rechtsschutz bei unterlassener Planfeststellung	257
III. Anfechtungsklage Privater gegen den Planfeststellungsbeschluss/die Plangenehmigung	259
1. Die Klagebefugnis Privater	259
2. Sachurteilsvoraussetzungen im Übrigen	275
3. Begründetheit der Klage	279
IV. Klage auf Schutzauflagen	286
V. Vorläufiger Rechtsschutz	287
1. Strukturen des vorläufigen Rechtsschutzes im Fachplanungsrecht	287
2. Voraussetzungen des vorläufigen Rechtsschutzes nach § 80 V VwGO im Einzelnen	291
VI. Rechtsschutz von Gemeinden	293
1. Rahmenbedingungen des gemeindlichen Rechtsschutzes	293
2. Die Gemeinde als Trägerin der Planungshoheit	296
3. Kommunale Einrichtungen	299
4. Finanzhoheit	299
5. „Selbstgestaltungsrecht“	300
6. Verfahrensrechtliche Beteiligungsrechte	300
VII. Rechtsschutz sonstiger Träger öffentlicher Belange	300
VIII. Klagemöglichkeiten von Verbänden	301
1. Rahmenbedingungen für Klagen von Verbänden	301
2. Klagen aufgrund eigener Rechte des Verbandes	302
3. Klagen aufgrund gesetzlicher Zuweisung des Klagerechts („altruistische“ oder materiell-rechtliche Verbandsklage)	304
IX. Rechtsschutz des Vorhabenträgers	309

Teil II: Einzelne Bereiche der Fachplanung

4. Kapitel: Straßen- und Schienenwege

§ 9 Planung der Verkehrswege und Anlagen für Straßen- und Schienenfahrzeuge	313
I. Unterteilung der Verkehrswege – Trassierungsgrundsätze	313
II. Die Einflussgrößen auf Trassierung und Betriebsabwicklung	314
1. Die Adhäsion: Voraussetzung zur Übertragung von Antriebs- und Bremskräften	315
2. Die fahrdynamische Bedeutung der Fahrzeuggewichte: Anfahrbeschleunigungen und Bremsverzögerungen	315
3. Der Bremsweg als Sicherheitskriterium der Abstandshaltung	316
4. Spurhaltung und Fahrzeuggeometrie	318
5. Das Überholen und Entgegenkommen	320
6. Haupt- und Übergangsbögen	322
7. Die Querneigung und ihre Mehrfachfunktion	322
8. Fahrzeugabmessungen und -gewichte	324
9. Querschnitt des Fahrtraumes	326
10. Das Steigungsvermögen der Fahrzeuge – Behängungsgrad	328
11. Das Längsprofil der Verkehrswege – Kuppen und Wannen -	330
12. Rollreibung und Adhäsion im Widerstreit zum Energiebedarf	330
13. Ursachen der Fahrgeräusche	331
14. Verkehrswege, Verkehrsnetze und Siedlungsstruktur	332

III. Rund um das Betriebsgeschehen	334
1. Spezielle Anlagen der verschiedenen Verkehrssysteme	334
2. Betriebliche Aspekte	339
IV. Übergeordnete Aspekte	343
1. Administrative Zuständigkeiten und Rechtsgrundlagen	343
2. Finanzierung von Verkehrswegen	345
3. Freie Zugänglichkeit zu den Verkehrswegen	346
4. Von der Planung bis zur Realisierung	347
§ 10 Verkehrslärmschutz	350
I. Einleitung	351
II. Aktiver Schallschutz	352
1. Anwendungsbereich	352
2. Anwendungsvoraussetzungen	355
3. Abwehr schädlicher Umwelteinwirkungen	363
4. Absehen von aktivem Schallschutz	364
III. Die Grenzwerte der Verkehrslärmschutzverordnung	371
1. Regelungssystem	371
2. Art der zu schützenden Gebiete und Anlagen	378
3. Berechnungsverfahren	379
4. Technische Grundlagen der Geräuschermittlung	383
IV. Entschädigung für Schallschutzmaßnahmen	400
1. Voraussetzungen	400
2. Rechtsfolgen	400
3. Ausnahmen	401
V. Schallschutz nach der Verkehrswege-Schallschutzmaßnahmenverordnung	401
1. Regelungsgehalt der 24. BImSchV	401
2. Technische Grundlagen zur Ermittlung der Schallschutzanforderungen	403
VI. Weitergehende Entschädigung	408
§ 11 Straßenplanung	411
I. Grundlagen	411
1. Gegenstand	411
2. Mögliche Verfahrensarten	413
3. Straßenklasse	413
II. Bundesfernstraßen	416
1. Beteiligte	416
2. Planungskaskade	416
3. Bundesverkehrswegeplan	418
4. Bedarfsplan	421
5. Raumordnungsverfahren	423
6. Linienbestimmungsverfahren	424
7. Bedeutung des Flächennutzungsplans	425
8. Vorarbeiten	425
9. Interne Entwurfsplanung	426
10. Planfeststellungsbedürftiges Vorhaben	427
11. Planfeststellungsverfahren	427
12. Maßnahmen nach Einleitung des Planfeststellungsverfahrens	431
13. Materielle Entscheidung	433
14. Plangenehmigung	446
15. Rechtswirkungen	447
16. Vorzeitige Besitzeinweisung (§ 18f FStrG)	448
17. Planänderung und ergänzendes Verfahren (§ 17d FStrG)	449

18. nachträgliche Schutzvorkehrungen	450
19. Enteignung	450
20. Ausführungsplanung	451
21. Rechtsschutz (§ 17e FStrG)	451
III. Landesrechtliche Planfeststellungsverfahren	452
IV. Bebauungsplan	453
1. Anwendungsbereich	453
2. Aufstellungsverfahren	454
3. Materielle Voraussetzungen	454
4. Vorkaufsrecht	457
5. Ergänzender Planfeststellungsbeschluss	457
V. Formlose Planung	457
§ 12 Eisenbahnen	458
I. Die Neuordnung des Eisenbahnwesens zum 1.1.1994	459
II. Bedarfsplanung	459
1. Schienenwegeausbaugesetz	459
2. Planungsbeschleunigungsgesetze	460
III. Vorarbeiten (§ 17 AEG)	461
IV. Projektmanager (§ 17a AEG)	463
V. Veränderungsperre (§ 19 I, II AEG) und Vorkaufsrecht (§ 19 III AEG)	465
VI. Der Planfeststellungsbeschluss (§ 18 I AEG iVm § 74 I VwVfG)	466
1. Betriebsanlagen einer Eisenbahn	467
2. Neubau, Änderungen sowie Erneuerungs-, Instandhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen von Betriebsanlagen der Eisenbahn	469
3. Veröffentlichung im Internet (§ 18f AEG)	471
4. Prognostizierte Verkehrsentwicklung (§ 18g AEG)	471
5. Verfahren beim Eisenbahn-Bundesamt	472
VII. Plangenehmigung (§ 18 I AEG iVm § 74 VII VwVfG)	474
1. Betriebsanlage der Eisenbahn	474
2. Neubau, Änderungen sowie Erneuerungs-, Instandhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen von Betriebsanlagen der Eisenbahn	474
3. Umweltverträglichkeitsprüfung (§ 74 VI 2 VwVfG iVm § 18b AEG)	474
4. Benennungsherstellung mit den Trägern öffentlicher Belange (§ 74 VI Nr. 2 VwVfG); nur unwesentliche Beeinträchtigung von Rechten anderer (§ 74 VI Nr. 1 VwVfG)	475
VIII. Entfall von Planfeststellung und Plangenehmigung (§ 18 I AEG iVm § 74 VII VwVfG)	476
IX. Planfeststellungsfreie Einzelmaßnahmen (§ 18 Ia AEG)	476
X. vorläufige Anordnung (§ 18 II AEG)	477
XI. Fehlerfolgen (§ 73 III a, IV, VI VwVfG)	479
XII. Vorzeitige Besitzeinweisung (§ 21 AEG)	479
XIII. Enteignung (§ 22 AEG)	481
XIV. Duldungspflicht bei Unterhaltungsmaßnahmen (§ 22b AEG)	482
XV. Freistellung von Bahnbetriebszwecken (§ 23 AEG)	482
XVI. Befugnisse der Eisenbahninfrastrukturunternehmen zur Gewährleistung einer betriebssicheren Eisenbahninfrastruktur (§ 24a AEG)	484
XVII. Rechtsschutz	485
XVIII. Bauplanungsrecht und Planfeststellung für die Betriebsanlagen der Eisenbahn oder die Zulässigkeit von „bahnfremden“ Anlagen auf oder in Betriebsanlagen der Eisenbahn	486

§ 13 Straßenbahnen (und Obusse)	488
I. Rechtsgrundlagen	488
II. Reichweite der Planfeststellungspflicht	491
1. Umfang nach § 28 I und V PBefG	491
2. Zulassungsfreiheit kleinräumiger Einzelmaßnahmen nach § 28 Ia PBefG	491
III. Planungsstufen	492
1. „Echte“ Planungsstufen	492
2. Unternehmergenehmigung und Planfeststellung	492
IV. Vorarbeiten und vorläufige Anordnungen	493
1. Vorarbeiten (§ 32 PBefG)	493
2. Vorläufige Anordnungen (§ 28 IIIa PBefG)	494
V. Veränderungssperre und Vorkaufsrecht	496
VI. Das Planfeststellungsverfahren	497
1. Rechtsgrundlagen	497
2. Zuständigkeit	497
3. Einleitung des Verfahrens	498
4. Behördenbeteiligung	498
5. Öffentlichkeitsbeteiligung	499
VII. Der Planfeststellungsbeschluss	503
1. Rechtliche Rahmenbedingungen	503
2. Inhalt und Wirkungen der Entscheidung	506
3. Fehlerfolgen	507
4. Vorzeitige Besitzeinweisung; Enteignung	507
5. Rechtsschutz	509
VIII. Die Planfeststellung ersetzende Entscheidungen	512
1. Plangenehmigung	512
2. Freistellung	514
3. Ersetzung durch Bebauungsplan	515
§ 14 Magnetschwebebahnen	516
I. Innovatives Verkehrssystem	516
II. Gesetz über den Bau und den Betrieb von Versuchsanlagen zur Erprobung von Techniken für den spurgebundenen Verkehr (SpurVerkErPrG)	517
1. Magnetschwebebahnen und Eisenbahnen	517
2. Gesetzgebungskompetenz	518
3. Verwaltungskompetenz und Zuständigkeit	518
III. Magnetschwebebahnplanungsgesetz	519
1. Planfeststellungsbedürftigkeit von Magnetschwebebahnen; Planfeststellungsbehörde	519
2. Vorarbeiten	519
3. Planfeststellungsverfahren	519
4. Besonderheiten des gerichtlichen Verfahrens	521
IV. Allgemeines Magnetschwebebahngesetz	521
V. Magnetschwebebahn Bau- und Betriebsordnung	522
5. Kapitel: Luftverkehr	
§ 15 Luftverkehr	523
I. Planerische und technische Grundlagen	524
1. Systematik des luftrechtlichen Zulassungsrechts	524
2. Technische Grundlagen	527
II. Flugplatzgenehmigung	530
1. Unternehmergenehmigung	530

2. Planungsentscheidung	531
3. Genehmigungsverfahren	539
4. Genehmigungserteilung	541
5. Wirkungen der Genehmigung	542
6. Vorarbeiten	543
III. Planfeststellung	543
1. Regelungsgegenstände	543
2. Planfeststellungsverfahren	547
3. Das materielle Entscheidungsprogramm	549
4. Zumutbarkeit von Immissionen	550
5. Mittel der Problembewältigung	552
6. Planfeststellungsbeschluss	554
IV. Folgen der Zulassung eines Vorhabens	555
1. Anpassung der Genehmigung	555
2. Ausbaupläne und Bauschutzbereich	556
3. Festsetzung des Lärmschutzbereichs	556
V. Änderungen der Anlagen und des Betriebs	557
1. Zulassungsvorbehalte	557
2. Änderungsgenehmigung	558
3. Plangenehmigung	558
4. Freistellungsentscheidungen	559
5. Die Schließung von Flugplätzen	561
VI. Bewertung, Berechnung und Messung von Fluglärm	562
1. Grundlagen	563
2. Fluglärmbewertung	566
3. Fluglärmrechnungsverfahren	573
4. Messung von Fluglärm	579
5. Oft geäußerte Frage- und Problemstellungen	580
VII. Rechtsschutz	585
1. Anfechtung von Zulassungsentscheidungen	585
2. Fehlende Zulassung	588
3. Zulassung durch Genehmigung statt durch Planfeststellung	588
6. Kapitel: Wasser	
§ 16 Wasserstraßen	590
I. Technische und planerische Grundlagen	590
1. Allgemeines	590
2. Technische Grundlagen	593
3. Planerische Grundlagen	597
II. Planung und Linienführung	607
III. Duldungspflichten zur Vorbereitung; Veränderungsverbot; Vorkaufsrecht	608
1. Duldungspflichten zur Vorbereitung oder Durchführung des Vorhabens	608
2. Veränderungsverbot	609
IV. Planfeststellungsverfahren	610
1. „Maßgaben“ zum allgemeinen Verfahrensrecht	610
2. Vorläufige Anordnungen	611
3. Versagung der Planfeststellung	613
V. Planfeststellungsbeschluss	614
1. „Maßgaben“ zur Zulassungsform Plangenehmigung	614
2. Besondere wasserstraßenrechtliche Regelungsinhalte des Planfeststellungsbeschlusses	614

3. Geltungsdauer	616
4. Vorzeitige Besitzeinweisung	617
5. Enteignung und Entschädigung	620
6. Rechtsschutz	620
VI. Landesrechtliche Planfeststellung (zB Häfen)	621
1. Abgrenzung des Anwendungsbereichs des WaStrG	621
2. Planfeststellung nach Landesrecht	623
§ 17 Wasserwirtschaft	624
I. Wasserbauliche Grundlagen des Gewässerausbau	624
1. Begründungen für Baumaßnahmen an Gewässern	624
2. Hydromechanik der Fließgewässer	625
4. Die Wasserkraft als Energiequelle	629
5. Wasserbauliche Grundlagen für Standgewässer	633
6. Wasserbau und Umweltschutz	636
II. Das System des Wasserhaushaltsrechts	637
III. Anwendungsbereich der §§ 67 ff. WHG	638
IV. Die planfeststellungsbedürftigen Vorhaben	639
1. Gewässerausbau	639
2. Gleichgestellte Maßnahmen	643
V. Materielle Anforderungen an das planfestzustellende Vorhaben	644
1. Bindung der Behörde an andere Vorentscheidungen	644
2. Planrechtfertigung – Zur Unterscheidung zwischen gemeinnütziger und privatnütziger Planfeststellung	644
3. Zwingende Versagungsgründe	648
4. Abwägung	653
5. Abwägungsdirektiven	655
6. Entscheidungsinhalt	658
VI. Rechtswirkungen der Planfeststellung	662
VII. Enteignung und vorzeitige Besitzeinweisung	663
VIII. Planfeststellungsverfahren	665
1. Wasserhaushaltsrechtliche Verfahrensvorgaben	667
2. Verwaltungsverfahrenrechtliche Anforderungen	667
3. LNGG-Sonderregelungen	667
4. Raumordnungsverfahren	668
IX. Plangenehmigung	668
X. Abschnittsweise Zulassung	670
XI. Zulassung des vorzeitigen Beginns	671
XII. Veränderungssperre	673
XIII. Landesrecht	674
XIV. Gesetz über den wasserwirtschaftlichen Ausbau an Bundeswasserstraßen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele der Wasserrahmenrichtlinie	674
7. Kapitel: Weitere Planfeststellungen	
§ 18 Abfalldeponien	679
I. Begriff	679
II. Grundlagen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes	680
III. Planfeststellungsbedürftige Tatbestände	680
1. Errichtung, Betrieb und deren wesentliche Änderung	680
2. Möglichkeit einer Plangenehmigung	681
IV. Rechtliche Grundlagen des Ablaufs eines Planfeststellungsverfahrens	682
V. Erteilungsvoraussetzungen	682
1. Keine abschließende Regelung im KrWG	682
2. Keine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit	682

3. Zuverlässigkeit der Verantwortlichen	683
4. Sach- und Fachkunde	683
5. Wahrung der Rechte anderer	683
6. Vereinbarkeit mit Abfallwirtschaftsplan	684
7. Belange der Vorhabenträger	685
VI. Fehlerfolgen	685
VII. Sicherheitsleistung	686
VIII. Zulassung vorzeitigen Beginns	687
1. Erstreckung nur auf die Errichtung	687
2. Entscheidungsgrundlagen	687
IX. Nebenbestimmungen und Nachsorgeanordnungen	687
1. Einsatzgebiet und Zulässigkeit von Nebenbestimmungen	687
2. Laufende Aktualisierung und Nachsorgeanordnungen	688
X. Rechtsschutz	688
1. Klageart	688
2. Klagebefugnis	689
3. Begründetheit	690
§ 19 Anlagen zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle	691
I. Grundlagen der nuklearen Entsorgung	691
1. Rechtsgrundlagen	691
2. Endlagerung radioaktiver Abfälle	693
II. Erkundung von Endlagerstandorten und Standortauswahlverfahren	696
1. Rechtliche Grundlagen	696
2. Ziele und Methoden der Eignungsaussagen	697
III. Enteignung und Veränderungssperre	698
IV. Einrichtung von Endlagern	698
1. Rechtsgrundlagen	698
2. Planfeststellungs-/Genehmigungspflichtige Maßnahmen gemäß § 9b I, Ia AtG	701
3. Verfahrensvorschriften im Zulassungsverfahren	704
4. Fachrecht und Konzentrationswirkung	706
V. Besonderheiten der Zulassung gemäß § 9b AtG	707
1. Erteilungsvoraussetzungen	707
2. Inhaltliche Beschränkungen und Auflagen	712
VI. Rechtsschutz	713
§ 20 Der Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen nach	
§ 41 FlurbG	715
I. Einführung	715
II. Anwendungsbereich des § 41 FlurbG	716
III. Besonderheiten der Flurbereinigung	717
1. Planungs-, Planfeststellungs- und Herstellungsbefugnis	717
2. Zwecke, Ziele, Neugestaltungsauftrag und Handlungsrahmen der Flurbereinigung	718
3. Teilnehmergeinschaft	721
4. Durchführung in aufeinander aufbauenden Abschnitten mit Vorentscheidungswirkung und Zusammenfassung der Flurbereinigungsergebnisse im Flurbereinigungsplan	722
5. Planfeststellung lässt Rechte der Teilnehmer unberührt	722
6. Planverwirklichungspflicht /Herstellung der gemeinschaftlichen Anlagen und Abfindung	723
7. Inhalts- und Schrankenbestimmung sowie Enteignung	723
IV. Gegenstand, Funktion und Bestandteile des Planes nach § 41 FlurbG	725
1. Gegenstand und Funktion des Planes nach § 41 FlurbG	725

2. Die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen	726
3. Der landschaftspflegerische Begleitplan	730
4. Bestandteile des Planes	730
V. Planaufstellungsverfahren	730
1. Neugestaltungsgrundsätze	730
2. Entwurfsbearbeitung	731
3. Planungsermessen	731
4. Benehmen mit dem Vorstand der TG und Abstimmung	731
5. Vorlage des Plans nach § 41 FlurbG bei der Planfeststellungsbehörde	732
VI. Planfeststellungsverfahren	732
1. Anhörungstermin	732
2. Umweltverträglichkeitsprüfung	732
VII. Abschließende Entscheidungen	733
1. Planfeststellung	733
2. Plangenehmigung	734
3. Unterbleiben der Planfeststellung	734
4. Fehlerfolgen	735
VIII. Änderungen des Plans nach § 41 FlurbG	735
1. Änderungen aufgrund des Flurbereinigungsgesetzes	735
2. Änderungen aufgrund anderer (Fachplanungs-)Gesetze	735
IX. Rechtswirkungen	735
1. Planfeststellung	735
2. Plangenehmigung	737
X. Bekanntgabe und Rechtsschutz	738
1. Planfeststellungsbeschluss	738
2. Plangenehmigung	739
3. Unterbleiben der Planfeststellung	740
4. Vorläufige Anordnung	740
XI. Herstellung der gemeinschaftlichen Anlagen	740
XII. Außerkrafttreten des Planes nach § 41 FlurbG	741
XIII. Einstellung des Flurbereinigungsverfahrens	741
§ 21 Bergrecht	742
I. Betriebsplan und Betriebsplanverfahren	742
1. Funktion und Grenzen des Betriebsplanverfahrens	742
2. Betriebsplanarten	743
3. Das Betriebsplanzulassungsverfahren	746
4. Zulassungsvoraussetzungen nach § 55 BBergG	747
5. § 48 II BBergG als zusätzliche Voraussetzung	751
II. Die Zulassungsentscheidung	753
1. Reichweite	753
2. Inhalt und rechtliche Wirkung des Planfeststellungsbeschlusses	753
3. Aufstellen von Braunkohlenplänen	754
III. Rechtsschutz	754
§ 22 Hochspannungsleitungen und sonstige Leitungsanlagen	756
I. Hintergrund, Entstehungsgeschichte und Systematik	756
1. Die Diskussion um ein Planfeststellungsverfahren für Leitungsanlagen	756
2. Die Planfeststellung als Trägerverfahren und als Gestaltungsinstrument	756
3. Die Energiewende 2011 und das Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG)	757
4. Die „Bundesfachplanung“ nach dem NABEG	758

II. Planfeststellung für Hochspannungsleitungen und Gasversorgungsleitungen	759
1. Rechtsgrundlagen	759
2. Anwendungsbereich von Planfeststellung und Plangenehmigung	760
3. Vorarbeiten	762
4. Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren	762
5. Materielle Anforderungen	762
6. Rechtswirkungen	764
III. Planfeststellung für Rohrleitungsanlagen und künstliche Wasserspeicher	765
1. Rechtsgrundlagen	765
2. Anwendungsbereich von Planfeststellung und Plangenehmigung	765
3. Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren	766
4. Materielle Anforderungen	766
IV. Leitungsanlagen ohne Planfeststellungsvorbehalt	769
Sachregister	771


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG